

Berlin schafft Platz für Lukaschenkos Asylanten

▶ Während selbst Bundesaußenminister Heiko Maas über den weißrussischen Staatspräsidenten Alexander Lukaschenko schimpft und ihn den „Chef eines staatlichen Schleuserrings“ nennt, arbeitet das Land Berlin dem Minsker Regime zu und will Platz für jene Asylbewerber schaffen, die derzeit über Weißrussland und Polen nach Deutschland geschleust werden. Berlin könne in Kürze 12.000 weitere Asylbewerber aufnehmen, erklärte Monika Hebbinghaus, Pressereferentin des Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten, gegenüber der Deutschen Presse-Agentur.

Die zuständigen Behörden werden zu diesem Zweck zwei Containerdörfer wieder in Betrieb nehmen, die bei der letzten großen Flüchtlingswelle in den Jahren 2015 und 2016 eingerichtet worden waren. Zudem sollen weitere Kapazitäten in Neubauten entstehen, die in den Stadtbezirken Neukölln und Spandau geplant sind, sowie durch die Sanierung einer großen Aufnahmeeinrichtung in Berlin-Mitte.

T-online zitiert in diesem Zusammenhang die linke Berliner Sozialsenatorin Elke Breitenbach mit dem Satz: „Wir wollen dafür sorgen, dass Menschen, die in Berlin ankommen und Asyl beantragen, auch untergebracht werden.“ Da freut sich Lukaschenko. Und Monika Hebbinghaus ergänzt: „Wir hatten zuletzt rund 800 Zugänge pro Monat. (...) Wir gehen davon aus, dass diese Dynamik anhält.“

Andere zerbrechen sich den Kopf darüber, wie sich Lukaschenkos politischer Missbrauch des deutschen Asylrechts aufhalten lässt. Die rot-rot-grüne Berliner Stadtspitze dagegen hat nichts Besseres zu tun, als diesem Missbrauch aktiv zuzuarbeiten.



Grünes Plakat zur Bundestagswahl 2021. Gemeint ist damit offenbar: Grenzen auf für alle im Namen des Klimaschutzes.

Weltfremde Abgeordnete im Bundestag:

„Grüne“ wollen Millionen „Klimaflüchtlinge“ nach Deutschland holen

▶ Die „Grünen“ planen sehr großzügig für die Zukunft Deutschlands. Sie gehen offenbar davon aus, dass die Mitte Europas derzeit noch deutlich unterbevölkert ist. Dem soll ein „Klimapass“ abhelfen.

Teilen der Partei geht es darum, „die Grundfesten des Asylrechts in Deutschland auszuhebeln“. So kommentiert die CDU-Bundestagsabgeordnete Jana Schimke öffentliche Äußerungen neugewählter Parlamentarier der „Grünen“.

Sie bezieht sich damit auf abenteuerliche Phantasien grüner Fundamentalisten wie der Bundestagsabgeordneten Deborah Düring (27) und Emilia Fester (23), die planen, bis zu 200 Millionen Menschen weltweit mit einem „Klimapass“ auszustatten, der sie als Opfer der westlichen Klimapolitik ausweist - und ihnen die Einreise nicht nur, aber auch nach Deutschland ermöglichen soll.

Genauso haben sich Düring und Fester in einem Youtube-Video geäußert,

das vor der Bundestagswahl veröffentlicht wurde und bislang kaum Beachtung gefunden hat: Beim sogenannten „Sofatalk“ sitzen die beiden jungen Damen mit mäßigem Coronaabstand nebeneinander - und reden schlicht dummes Zeug. Den meisten Menschen, die einem normalen Beruf nachgehen und mitten im Leben stehen, fällt es schwer, dem länger als zwei Minuten zuzuhören.

So bestätigen sich die beiden beispielsweise in der Auffassung, Frauen seien vom Klimawandel stärker betroffen als Männer. Sie bezeichnen eingeborene Deutsche als „Weißbrote“ und fordern allen Ernstes offene Grenzen für zig Millionen Migrantinnen, denen ein „Klimapass“ ausgestellt werden soll. - Hohle Politikerphrasen gegen das eigene Volk, dem Abgeordnete doch eigentlich dienen sollten.

Seit der Bundestagswahl sind diese beiden Plaudertaschen Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Und ihre Partei will die Zukunft Deutschlands (mit)bestimmen.



Polizeibesuch in einer Shisha-Bar. Arabische Clans sehen sich durch solche Aktionen zunehmend in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt und schikaniert.

Diskriminierung von Arabern?

Berliner Linke gegen Razzien in Shisha-Bars

▶ **Polizeirazzien in Shisha-Bars bringen ehrbare arabische Großfamilien und eine im Berliner Bezirk Neukölln seit mehr als 20 Jahren fest verankerte gastronomische Kultur in Verruf.** So sieht es offenbar die Linke in diesem hauptstädtischen Problembezirk, die dort das Ordnungsamt übernehmen soll. Die „Welt“ zitiert dazu die angehende neue Leiterin der Behörde, Sarah Nagel (36):

„Wir waren überrascht: Das Ordnungsamt ist erst einmal nicht so naheliegend. Doch wir werden die Aufgaben jetzt anpacken. Wir fordern schon lange, die stigmatisierenden Razzien in Shisha-Bars und Spätis zu beenden. Hier ist eine Aufarbeitung nötig.“

Einerseits hat sie recht: Gäbe es ein Unordnungsamt, dann wäre die Linke für

dessen Leitung eine Idealbesetzung. Ein Ordnungsamt dagegen ist tatsächlich mit Vertretern dieser Partei nicht so naheliegend besetzt.

Dass Kriminelle durch gemeinsame Razzien von Polizei, Zoll und Ordnungsamt irgendwie auch „stigmatisiert“ werden, mag wohl zutreffen. Wo sollen

die Schützlinge von Frau Nagel und ihren Genossinnen und Genossen auch künftig in Ruhe den nächsten Klau eine Goldmünze planen oder das Ausräumen eines Museumsgewölbes oder einen gewöhnlichen Überfall auf Geldtransporter vorbereiten, wenn in ihren Shisha-Bars ständig die Ordnungskräfte ein- und ausgehen? Deren Verhalten mag der Linken folgerichtig als kulturell unsensibel erscheinen.

Andererseits stehen dieser Interessengruppe die Belange jener braven Bürger gegenüber, die es vorziehen, nicht bedroht, geschlagen, ausgeraubt oder bestohlen zu werden. Diese Menschen müssen wohl oder übel damit leben, dass Verbrecher in Deutschland durchaus auch eine politische Interessenvertretung haben.

Die Berliner Polizei scheint indes nicht bereit zu sein, künftig um Shisha-Bars einen Bogen zu machen. Die „Welt“ zitiert eine Sprecherin der Behörde mit dem Satz:

„Polizeiliche Maßnahmen richten sich grundsätzlich gegen einzelne Straftäter oder Gruppierungen unabhängig von einer ethnischen, kulturellen oder auch familiären Zugehörigkeit.“

IMPRESSUM

Herausgeber:

Signal für Deutschland e.V.

Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin

Vorstand nach § 26 BGB: Manfred Rouhs

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg,
AktENZEICHEN VR 36107 B

V.i.S.d.P.: Manfred Rouhs, Druck: Eigendruck

Dauerbezug nur für Mitglieder. Der
Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag von
EUR 60,00 jährlich enthalten.

Kritik aus der eigenen Partei nach Corona-Stellungnahme

Sahra Wagenknecht wird immer besser

► Die alte politische Konfrontation zwischen „rechts“ und „links“ weicht zunehmend auf. Für oder gegen die Bewahrung der Nationalstaaten, für oder gegen Massenmigration, für oder gegen die Weltherrschaft der Globalisten - das ist heute die entscheidende politische Frage. Und darauf sind durchaus kluge Antworten von „links“ möglich.

Solche klugen Antworten von „links“ gibt Sahra Wagenknecht - und zieht damit zunehmend den Zorn ihrer Genossen auf sich. Ein Schlagabtausch mit Karl Lauterbach bei Anne Will Ende Oktober könnte das Fass zum Überlaufen bringen. Dabei geht es offenbar gar nicht so sehr um das, was sie im Einzelnen gesagt hat. Sondern darum, dass sie sich vom etablierten Coronamanagement nicht „auf Linie“ bringen lässt.

Als Reaktion auf ihre Äußerungen twitterte das linke Bundesvorstandsmitglied Niema Movassat: „Ich schäme mich, dass Wagenknecht so einen Unsinn im Namen meiner Partei Die Linke vertritt.“ Tatsächlich dürften Wagenknechts Äußerungen schwer auszuhalten sein für politische Akteure jeder politischen Ausrichtung, die dazugehören und im Kreis der Gut- und Bessermenschen akzeptiert werden wollen.

Wir dürfen gespannt sein, wie lange die Verbindung Wagenknechts mit der Linkspartei noch gutgeht. Die Anfeindungen gegen sie werden immer giftiger. Die Parteivorsitzende Susanne Hennig-Wellsow betonte als Reaktion auf ihre jüngsten Äußerungen, Wagenknecht habe „keine führende oder demokratisch legitimierte Rolle im Bundesverband“ ihrer Partei. - Dann kann sie ja eigentlich auch gehen, oder?



Foto: CC-Lizenz,
Sandro Halank

Dialog bei Anne Will am 31. Oktober 2021:

Anne Will: Frau Wagenknecht, (...) Sie haben sich, genau wie Joshua Kimmich, entschieden, sich erst mal nicht impfen zu lassen. Warum?

Sahra Wagenknecht: Ich finde ein Problem, dass man das öffentlich begründen muss. Also, wer sich impfen lässt, der schützt in erster Linie sich selbst. Und man sollte das nicht moralisch als einen Akt der Solidarität mit anderen aufblasen, weil das ist es nicht. Geimpfte können sich anstecken, das ist inzwischen belegt. Geimpfte können infektiös sein und können auch andere anstecken. Das Einzige, wovon die Impfung schützt nach derzeitigem Kenntnisstand, sind schwere

Verläufe. Krankenhaus, Einweisung und mögliche Todes-Folgen. So, und da muss jeder doch für sich selber entscheiden können: Sehe ich mein Risiko als so groß an?

Ich habe auch Angst vor Corona, keine Frage. Aber ich muss natürlich dagegen abwägen. Es sind sehr neuartige Impfstoffe. Es sind Impfstoffe, die auf einem ganz anderen Verfahren beruhen als frühere Impfstoffe. Deswegen kann man auch meines Erachtens nicht so leichtfertig sagen: Früher gab's fast nie - ne, stimmt auch nicht, aber ganz selten - langfristige Nebenwirkungen. Deswegen gilt das auch für diese Impfstoffe. Und ich finde, das muss doch jeder für sich selber entscheiden können.

► Das nach sechsjährigen Verhandlungen endlich offiziell unterzeichnete Abkommen der Bundesregierung mit Namibia über die Vergebung und die Wiedergutmachung von sehr bösem kolonialem Unrecht geht vielen Namibiern nicht weit genug. Denn Namibia wollte zunächst zwar großzügigerweise eine offizielle Entschuldigung von Bundespräsident Steinmeier akzeptieren, nicht aber die angebotene finanzielle Wiedergutmachung in Höhe von 1,1 Milliarden Euro. Stattdessen sollen es lieber 477 Milliarden Euro sein.

Voreilig wäre es, die Forderungen aus Windhuk als abenteuerlich und unprovokiert abzutun. Denn vor knapp einem Jahr hatte die Bundesregierung den Nachfahren der Deutsch-Südwestler noch 10 Millionen Euro angeboten, um „Wunden zu heilen“. Von „Völkermord“ war zu diesem Zeitpunkt keine Rede. Dann schlugen die Afrikaner auf eine sehr dicke Trommel, wiesen das Angebot als beleidigend zurück - und waren damit erfolgreich. Berlin erhöhte auf das 110fache und bot 1,1 Milliarden Euro statt 10 Millionen an. Wenn das so gut funktioniert hat, warum dann sollten die Namibier nicht nochmal das mehr als 400fache fordern?

Namibia hat keine kurzfristig erschließbaren Ölquellen. Das Bruttoinlandsprodukt des Landes lag 2020 bei gerade einmal etwas mehr als 10 Milliarden US-Dollar, also rund 8,5 Milliarden Euro. Wenn das Land jemals reich werden will, woher soll der Reichtum kommen, wenn nicht aus Deutschland?

Um nicht missverstanden zu werden: Wir leben heute in einer Welt, in der weniger als ein Prozent aller Menschen über mehr als 50 Prozent aller materiellen Güter verfügen und sich die übrigen mehr als 99 Prozent die verbleibenden weniger als 50 Prozent des Wohlstands teilen. Das wird auf Dauer nicht gutgehen. Indessen gehören die meisten Deutschen nicht zu den weniger als ein Prozent, deren materielle Sammelleidenschaft der Mehrheit der Weltbevölkerung Kummer bereitet. Diese Bevölkerungsmehrheit wird aber unweigerlich zur



Namibia ist zwar mit einer Fläche von 824.000 Quadratkilometern mehr als zweimal so groß wie Deutschland mit 358.000 Quadratkilometern. Dort leben aber nur 2,4 Millionen Menschen. Die geforderten 477 Milliarden Euro Wiedergutmachung würden jeden Namibier um knapp 200.000 Euro reicher machen - falls jeder einen gleichen Teil von dem Batzen abbekäme, was zweifellos unrealistisch wäre.

Namibia-Debatte:

Streit um Geld-Angebote aus Deutschland

Kasse gebeten werden, um die Milliarden für Namibia aufzubringen.

Das ist ungerecht. Und es schürt Streit, denn die Bundesregierung kann so

viele Milliarden bieten wie sie will - am Ende biegt immer noch irgendjemand um die Ecke, der wortreich glaubt begründen zu können, warum gerade er zu kurz gekommen ist.



100 Millionen Euro in die Türkei und nach Syrien verschoben:

Großrazzia gegen muslimisches Hawala-Banking

▶ Bei einer bundesweiten Großrazzia gegen muslimisches Hawala-Banking mit Geldern aus Straftaten waren am 6. Oktober 2021 rund 1.400 Polizisten im Einsatz. Sie durchsuchten 81 Wohn- sowie Gewerbeobjekte in 25 Städten in Niedersachsen, Bremen und Nordrhein-Westfalen. Und sie vollstreckten zehn Haftbefehle.

Den 67 größtenteils aus Syrien stammenden Tatverdächtigen, darunter zwei „islamische Gefährder“, wird vorgeworfen, rund 100 Millionen Euro aus kriminellen Aktivitäten - u.a. Drogenhandel - heimlich nach Syrien und in die Türkei

verschoben zu haben. Den Beschuldigten sei es dabei größtenteils darum gegangen, sich persönlich zu bereichern. Ein Teil des Geldes sei aber möglicherweise auch terroristischen Milieus zugeflossen, ließen die Ermittler verlauten.

Während die Razzia selbst von den deutschen Massenmedien umfassend thematisiert wird, verschweigen viele Journalisten den organisierten muslimischen Hintergrund der Aktion. In den meisten Berichten kommt der Begriff „Hawala-Banking“, also das eigentliche Zielobjekt der gesamten Operation, überhaupt nicht vor. Die meisten Berichte überschreiten

dadurch die Grenze zur offenen Desinformation.

Eine Ausnahme macht die „Deutsche Welle“, die den Hintergrund der großangelegten Aktion von Polizei und Steuerfahndern offenbar gründlich recherchiert hat und sogar das Hawala-Banking erläutert:

„Das Hawala-System ist in muslimischen Ländern weit verbreitet. Dabei können Kunden gegen eine vergleichsweise geringe Provision (ein bis zwei Prozent) Bargeld ins Ausland überweisen. Das System, das schon seit Jahrhunderten existiert und seine Wurzeln im Vorderen und Mittleren Osten hat, basiert auf persönlichem Vertrauen der Beteiligten, die oftmals der gleichen Ethnie angehören und habe sich in Regionen mit einem wenig entwickelten Bankensystem herausgebildet, heißt es in einer Analyse des Bundesfinanzministeriums (...) aus dem Jahr 2019. Es erlaube 'Gelder nahezu ohne jede Möglichkeit der Rückverfolgung zu transferieren'. Das Ministerium schätzt, dass weltweit jährlich rund 200 Milliarden Dollar durch Hawala-Systeme fließen.“

► **Brigitte Bardot (87) ist wieder einmal von einem französischen Gericht wegen angeblich rassistischer Äußerungen zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden.** Sie muss 20.000 Euro Strafe zahlen. Das entschied ein Gericht der französischen Übersee-Provinz La Réunion, einer Insel im Indischen Ozean.

Bardot räumt selbst ein, aus Zorn über eine bestimmte Praxis im Umgang mit Hunden und Katzen Teile der Bevölkerung von La Réunion mit unangemessenen Formulierungen bedacht zu haben. Wutentbrannt hatte sie in einem Brief im März 2019 geschrieben, dortige Tierquälerei seien eine „degenerierte Bevölkerung mit barbarischen Traditionen“. Es handele sich bei ihnen um „Eingeborene, die die Gene der Wilden bewahrt haben“. Zahlreiche deutsche „Qualitätsmedien“ berichten nun offenbar schadenfroh über ihre Verurteilung - verschweigen aber, worauf sich Bardots Äußerungen bezogen.

Das ist durchaus nachvollziehbar, denn zu viele Informationen könnten möglicherweise in der Öffentlichkeit Sympathien für Bardot hervorrufen. So dachten möglicherweise auch Journalisten des „Spiegel“, die einen entsprechenden Bericht veröffentlicht haben.

Beim „Spiegel“ könnte man es aber möglicherweise besser wissen, wenn man nur wollen würde. Und mal ins eigene Archiv schaut. Denn bereits im Jahr 2005 hat sich das Nachrichtenmagazin mit einer tatsächlich sehr gewöhnungsbedürftigen Praxis beschäftigt, die es nur auf La Réunion gibt:

Junge Männer schlagen große Haken durch die Körper lebender Hunde und Katzen, die sie an Seilen hinter ihren Booten durchs Meer ziehen, um Haie anzulocken. Die Haie fangen sie, um ihnen sodann - ebenfalls bei lebendigem Leib - die Flossen abzuschneiden, die als Delikatesse mit potenzsteigernder Wirkung gelten.

Fein ist das nicht. Trotzdem sah auch der Deutsche Bundestag im Jahr 2013 keine Veranlassung, auf eine entsprechende Petition hin den französischen Nachbarn dazu aufzufordern, diese unschöne Praxis zu unterbinden.

Journaille triumphiert:

Brigitte Bardot wieder mal wegen „Rassismus“ verurteilt



Brigitte Bardot, Foto von 2019, CC-Lizenz, Libelle